



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 15 der Tagesordnung: Karlsruhe wird aktiv - Bezahlbare Wohnungen für Alle!

Antrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2024/0092

Punkt 15.1 der Tagesordnung: Bezahlbare Wohnungen für Alle! – 30 % Sozialwohnungen in Neureut Zentrum III

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2024/0092/1

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Antrag LINKE: Mehrheitliche Ablehnung (4 JA, 40 Nein)

Antrag GRÜNE: Verwiesen in den Fachausschuss

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 18. April 2024; verwiesen aus der Gemeinderatssitzung vom 20. Februar 2024.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Wenn in Karlsruhe Wohnraum fehlt, dann fehlt vor allem günstiger Wohnraum. Wenn wir immer wieder darüber sprechen, dass die Flächen für Neubau knapp sind, dann muss man genau das bauen, was wir brauchen, nämlich günstigen Wohnraum. Das beste Mittel ist aktuell, Sozialwohnungen zu schaffen. Da uns jedes Jahr auch Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, muss man wirklich hinterher sein. Wir haben etwa die Hälfte der Karlsruher*innen, die anspruchsberechtigt sind für Wohnungsberechtigungsscheine. Es ist nur logisch, dass man das im Neubau auch berücksichtigt.

Jetzt wurde vor zwei Jahren hier ein Prüfantrag gestellt, die Sozialwohnungsquote auf 50 Prozent zu erhöhen. Eigentlich sollten die Ergebnisse dieser Prüfung im letzten Sommer vorliegen. Heute mussten wir erneut einen Antrag stellen. Dann kommt auch das Ergebnis dieser zweijährigen intensiven Prüfung, und das kann man kurz zusammenfassen, ohne Begründung. Da bin nicht nur ich heute enttäuscht, sondern ich muss auch leider Sie

enttäuschen, und das überzeugt natürlich in keinster Weise. Es wurde nicht dargestellt, warum andere baden-württembergische Städte wie Freiburg und Tübingen eine Neubaquote einführen, was sie auch für Modelle haben. Das hat hier nicht stattgefunden. Das kann auf jeden Fall nicht reichen.

Dann haben wir noch ein zweites, sehr gravierendes Problem, wenn es um den Sozialwohnungsbau geht. Wir haben eine Sozialwohnungsquote von aktuell 30 Prozent, aber die gilt für wesentliche Stadtentwicklungsgebiete einfach nicht. Das heißt, alle Gebiete, die im sogenannten Außenbereich liegen, das ist der Obere Säuterich, das ist das Gebiet in Stupferich und auch besonders unser letztes großes Stadterweiterungsgebiet Neureut Zentrum III, wo wir noch nicht einmal den Aufstellungsbeschluss haben, und bei Letzteren geht es um immerhin 1.400 Wohnungen. Das ist eine absolute Größenordnung. Dort würde dann, wenn wir bei der bisherigen Regelung bleiben, nur auf dem wirklich marginalen städtischen Grundstücksanteil, das ist unter 20 Prozent, überhaupt sozialer Wohnungsbau stattfinden. Das kann natürlich für die Bedeutung dieses Gebietes absolut nicht unser Ziel sein.

Sie argumentieren als Verwaltung, da kann man gar nichts machen, da gibt es viel zu viele Grundstückseigentümer. Glück für Sie, dass wir extra ins Baugesetzbuch geschaut haben, wie man da vorankommen kann und dass es den Paragrafen für Sie gibt, nämlich die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme. Mit diesem Instrument können Sie auch Ihr selbst erklärtes Ziel, Grundstücke zu erwerben, um mehr Handlungsspielräume zu haben in Neureut, den entschiedenen Auftritt geben, denn da bekommen Sie Vorkaufsrechte und auch andere Zugriffsmöglichkeiten. Der schöne Nebeneffekt ist, wir reden jetzt hier gar nicht nur über Sozialwohnungen, sondern Sie können auch Dinge wie Baugebote oder überhaupt, um ein Verfahren voranzubringen, dort verankern, und man kann auch Abstimmungsprobleme damit in den Griff bekommen.

Jetzt kommt das Hauptargument von der Verwaltung, das dauert zu lange. In Freiburg haben Sie, Herr Fluhrer, eingeordnet, hätte das zehn Jahre gedauert bei einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bis zum ersten Spatenstich. Da hat mich dann natürlich interessiert, wie lange dauert denn das in Karlsruhe im Vergleich für zum Beispiel Oberer Säuterich, und das fand ich dann doch sehr interessant, dass Sie das nicht beantworten konnten und die Verwaltung auch nicht. Schön, dass ich heute so hilfsbereit bin, denn ich habe nachgeschaut. Beim Oberen Säuterich liegen wir schon seit bald zehn Jahren.

Ich habe nur noch einen letzten Satz. Für unsere Großbauprojekte sollten gelten - wir sehen, das dauert auch ewig lange hier in Karlsruhe ohne städtebauliche Entwicklungsmaßnahme - gut gemacht, und es sollte nicht am Schluss heißen, wir sind da, worin Raum knapp und teuer ist.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wir können ein bisschen die Ungeduld bezüglich des Antrags nachvollziehen, die wurde auch hier noch einmal vorgetragen, weil wir interfraktionell vor zwei Jahren einen sehr ähnlich lautenden Antrag unterzeichnet haben und natürlich auch auf die Zusagen der Verwaltung warten, vor allem das Thema des Karlsruher Innenentwicklungskonzepts KAI zu evaluieren. Sie sagen jetzt in der Stellungnahme zum Antrag der LINKEN zu, dass diese Evaluation in diesem Jahr stattfindet. Das ist später als zunächst zugesagt, später als gewünscht. Damit sind wir natürlich nicht zufrieden. Wir wollen aber trotzdem eingestehen und Ihnen auch die Möglichkeit geben, die Evaluation vernünftig durchzuführen, dass wir dann über die Erweiterung in den Außenbereich diskutieren können,

dass wir dann auch über die Erhöhung der Quote an sozial gefördertem und gebundenem Wohnungsraum sprechen können.

Deswegen ist mit unserem Änderungsantrag das Anliegen verbunden, dass wir diese ganzen aufgeführten Instrumente und auch diese ganz konkreten Weiterentwicklungen von KAI heute nicht beschließen, sondern Ihnen die Chance geben mit der Evaluation mit uns zusammen zu arbeiten, das entsprechend weiterzuentwickeln. Wir wollen aber ganz klar für das größte Baugebiet, was vor uns steht, ein politisches Ziel hier beschließen, das nämlich in Neureut Zentrum III. Der politische Beschluss gilt, mindestens 30 Prozent sozial geförderter Wohnungsbau, das ist unser Ziel. Wir haben in dem interfraktionellen Antrag vor zwei Jahren ganz viele verschiedene Instrumente genannt, die Sie dann in den nächsten Jahren zur Hand nehmen können. Welches Instrument Sie dann ziehen, ob eine Weiterentwicklung von KAI das Notwendige ist, ob die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme das Notwendige ist, den Ball spielen wir Ihnen auch wieder zurück und wollen Ihnen das jetzt nicht entsprechend fest vorschreiben.

Wir wollen aber ganz klar für das größte Baugebiet, Frau Göttel hat es gesagt, 1.400 Wohnungen. Das sind circa 3000 Menschen, die dort dann wohnen können, dass wir dort auch günstigen Wohnraum schaffen können und dass wir das Ganze nicht vor sich hin laufen lassen. Das ist der Hintergrund zu diesem Änderungsantrag. Wie gesagt, die anderen Prüfungsaufträge werden schon bearbeitet. Auch wenn es länger dauert, geben wir Ihnen die Zeit.

Stadtrat Müller (CDU): Liebe Frau Göttel, wer viel redet, hat automatisch nicht immer Recht. Ich erhebe auch nicht den Anspruch darauf, dass Sie verstanden haben, worum es eigentlich bei KAI, Karlsruher Innenentwicklungskonzept, im Grunde nach geht, welches 2014 auf den Weg gebracht wurde und auch 2017 in einer Beratungsnovellierung dann auch letztendlich vom Gemeinderat bestätigt wurde, eben die Bereitstellungsquote für den sozialen Wohnungsraum nicht auf den Außenbereich anzuwenden oder darauf hin auszuweiten. Es hat die Stellungnahme der Verwaltung auch ganz klar gezeigt, dass wir dort dann diese Maßnahme in einem Rahmenplan, in einer städtebaulichen Entwicklung ausnahmsweise schon entwickeln können. Da macht es dann auch Sinn, wenn ich einen Planungsbegünstigten dort habe. Mit dem kann ich dann auch in einem Rahmenplan einen städtebaulichen Vertrag eingehen.

Was Sie vorhaben, und das macht es mit dem GRÜNEN-Antrag dann an der Stelle gerade für Neureut-Zentrum III auch nicht besser, ist die Rolle rückwärts, sozusagen das ganze Verfahren neu aufzurollen, sprich dem Rahmenplan in Neureut-Zentrum III eigentlich den Stecker zu ziehen, und das auf Jahre hinaus, weil Sie dann mit dieser Rolle rückwärts, mit Ihrem Antrag letztendlich dann ...

(Zuruf **Stadträtin Göttel/DIE LINKE.**)

- Jetzt haben Sie einfach mal die Pause, die Sie sich verdient haben und lassen mich reden.

Jetzt haben Sie die Rolle rückwärts gemacht und wollen das Verfahren wieder an den Anfang stellen und genau das verhindern, was dort dringend notwendig ist. Das ist zunächst einmal Wohnungsbau. Wir brauchen einen Wohnungsbau, wir brauchen die Fertigstellung von Karlsruher Wohnraum. Wenn wir jetzt wieder in diese Rolle rückwärts kommen, dann tun Sie nichts anderes, als Wohnungsbau perspektivisch auf die Jahre hinaus verhindern,

weil Sie dann in einem langwierigen Verfahren mit den einzelnen Eigentümern in das Umlegungsverfahren kommen müssen

(Weiterer Zuruf **Stadträtin Göttel/Die LINKE.**)

- Ich kann mich aber auch gerne wiederholen, Frau Göttel, mit Ihrer Pause.

Dann verhindern Sie genau das, was wir hier dringend brauchen, und das ist Wohnungsbau. Das, was Sie aufgeführt haben, was man da nicht alles anwenden kann, da weiß ich schon, in welche Richtung es Ihnen geht, aber so einfach ist es nicht. Wir haben viele Grundstückseigentümer, die bereit sind, im Prinzip dann auch ihre Grundstücke zur Entwicklung von Wohnraum in ein Wohnquartier, zur Entwicklung eines Wohnquartiers einzubringen. Und da dürfen wir nicht ein überbordetes System aufzwingen, was das ganze Verfahren dann noch verkompliziert und verschlimmert und eigentlich im Konsens dann auch im Einzelfall sogar verhindert. Das ist Ihre Marschrichtung, und die gehen wir so nicht mit.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich glaube, es ist keine Überraschung, wenn ich sage, wir als SPD sind da, wenn es darum geht, mehr Wohnungen zu bauen. Wir als SPD, wir sind da natürlich mit dem Fokus auf den sozialen Wohnungsbau, der den vielen Menschen mit geringem Einkommen in unserer Stadt zugute kommt. Deshalb diskutieren wir natürlich jeden Vorschlag, der es ernst meint, mit dem Ziel, mehr sozialen Wohnraum in Karlsruhe zu schaffen. Dieser Antrag ist natürlich einer dieser Anträge.

Jetzt zur Sache, im Wesentlichen geht es um drei Anliegen in dem Antrag. Es geht einerseits um die Ausweitung von KAI auf den Außenbereich. Es geht um die Erhöhung der Bereitstellungsquote von 30 auf 50 Prozent, und es geht um Neureut III, hier noch einmal eine Sozialquote festzuschreiben.

Erst zu KAI, das war ein gemeinsamer Antrag vom April 2022 von GRÜNE, LINKE und natürlich der SPD. Damals war die Antwort schon genau dieselbe, wie sie jetzt ist. Es ist faktisch nicht umsetzbar. Wir würden ein bürokratisches Monster schaffen, weil wir in Karlsruhe einfach sehr diverse Eigentumsstrukturen haben im Außenbereich. Wir wollen kein bürokratisches Monster schaffen. Im besten Fall würde es zu einer Bauverzögerung führen und im schlechtesten Fall vielleicht sogar eine Bauverhinderung, weil wir uns überhaupt nicht mehr einigen könnten und überhaupt nicht weiterkommen würden. Deswegen sind wir davon überzeugt, dass KAI im Außenbereich keine Lösung ist. Wir setzen auf das Instrument von KaWoF. Wir setzen darauf, dass in den Köpfen der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung die Wichtigkeit der Schaffung von sozialem Wohnraum ganz präsent ist und da natürlich, und das habe ich auch als Ortsvorsteher von Wolfartsweier selbst miterleben dürfen, bei der Entwicklung eines Grundstücks, selbstverständlich immer da sind und sofort KaWoF bewerben. Und mit guten Gesprächen kann man das auch schaffen, dort Quoten von 30 Prozent zu erreichen.

Der zweite Punkt ist die Erhöhung der Bereitstellungsquote für sozialen Wohnraum. Auch da sind wir als SPD grundsätzlich daran interessiert. Auch das war Teil unseres Antrags von vor zwei Jahren. Das hat Frau Göttel ganz richtig gesagt. Hier sind wir ehrlich gesagt auch, ich will nicht sagen enttäuscht, aber wir hätten uns vielleicht auch ein bisschen mehr Ausführungen in der Stellungnahme erhofft. Wir würden da gerne noch einmal drüber

sprechen, denn es gibt tatsächlich Städte, und das ist nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Bundesländern, wo wahrscheinlich die Voraussetzungen auch anders sind, wo vielleicht viele der Liegenschaften im städtischen Besitz sind, wo man natürlich noch ein anderes rechtliches Instrument bei der Hand hat. Wir würden aber trotzdem gerne über das Thema noch einmal in Ruhe sprechen und noch einmal vielleicht ein bisschen in die Detailtiefe gehen.

Und der dritte Punkt, Neureut III. Auch das hatten wir uns damals gewünscht. Es ist total schwierig. Wir wollen jetzt dort auch den Prozess nicht weiter aufhalten, denn wir sind auch der Meinung, wir müssen jetzt vor allem dringend Wohnraum schaffen. Trotzdem würden wir bitten, noch einmal zu prüfen und wirklich zu schauen, ob es nicht doch irgendwie möglich ist, noch einmal ordentlich Sozialwohnungsquote hinzubekommen. Wie weit das jetzt Sinn macht mit einem verbindlichen Antrag, stellen wir allgemein zur Diskussion.

Stadtrat Wenzel (FW/FÜR): Herr Kollege Huber, Ihre Ausführungen kann ich nicht ergänzen. In diesem Fall sind die Freien Wähler da, wo die SPD ist. Aber ich möchte einen Blick auf etwas anderes werfen. In den Jahren, wir hatten hier das Baugebiet Säuterich, ich weiß, es dauert schon ewig. Irgendwann sind da mal Kreuzkröten aufgetaucht, dann dauert es noch länger. Wir haben das Baugebiet in Durlach, Liebensteinstraße, alte Grötzinger Straße. Die hätte man bebauen können, aber der Sportpark Unterer Hub ist noch nicht fertig. Die Untere Hub soll grün bleiben. Es gibt 1.000 Gründe, warum sich Bauvorhaben verzögern.

Deshalb möchte ich meinen Fokus auf einen anderen Aspekt setzen. In Vorbereitung auf diesen Redebeitrag bin ich im Internet darauf gestoßen, dass Deutschland den kleinsten Eigentumsanteil überhaupt hat an Wohneigentum in ganz Europa. Und Ökonomen sind der Auffassung, die Kommunen sollten jungen Bürgern, Familien mit Kindern die Möglichkeit bieten, und da bin ich auch ein Beispiel, in meiner Jugend hat man mir das auch beigebracht, Wohneigentum zu generieren. In dem Fall wird stets eine Wohnung frei. Ich weiß nicht, welche Möglichkeit wir als Kommune haben. Es gibt viele Fördermittel. Ich bin bloß der Auffassung, dass die Menschen viel zu spät und nicht umfassend aufgeklärt werden. Die Aspekte des Antrags, ich befürchte auch, dass wir in Neureut Zentrum III, wenn wir das verzögern, noch einmal eine Runde drehen, dass es genau den gleichen und langen Weg macht wie der Untere Säuterich oder Liebensteinstraße. Die Strukturen, und das sagt auch die Stellungnahme der Verwaltung, außerhalb unserer Kernstadt ist nun einmal sehr klein gegliedert, und das sind viele, die auch in gewissem Alter ihr Eigentum geschaffen haben. Und ich denke, da sollten wir wirklich den Fokus setzen. Jede Wohnung, die wir schaffen, ist gut, und es wäre schön, wenn wir fördern könnten, dass jeder, der sich selbst eine Wohnung schafft, die freimacht für die, die es brauchen.

Stadtrat Schnell (AfD): Zum Thema mögliche Verzögerung ist schon einiges gesagt worden. Das brauche ich nicht zu wiederholen, aber ich habe einen ganz grundsätzlichen Aspekt. Erstens, es entsteht nicht mehr Wohnraum, wenn wir die Sozialwohnungsquote erhöhen. Zweitens, jeder Investor, sei es ein öffentlicher wie die Volkswohnung oder ein privater, der zu einem Sozialwohnungsanteil von 50 Prozent genötigt wird, muss deshalb trotzdem die Investitionskosten über die Mieten wieder reinholen. Das bedeutet ganz klar, das, was er durch den erhöhten Anteil an sozialen Wohnungen nicht einnimmt, muss er dann bei den Freifinanzierten zusätzlich reinholen, und da ist wirklich schon die Frage, wer kann sich die

denn heute noch leisten. Sie wissen, die größte Wohnbaufirma in Deutschland baut dieses Jahr nichts. Die Volkswohnung ist auch mit dem Neubau sehr zurückgegangen, weil das Bauen sehr teuer geworden ist, und damit würde sich die Situation noch weiter verschärfen.

Ein bisschen scheinheilig ist der Antrag der LINKEN und der Änderungsantrag von den GRÜNEN natürlich auch, denn beide Parteien haben damals, als wir etwas von der Grundsteuer hatten im Jahr 2021, für deren Erhöhung gestimmt, wohlwissend, dass die Hausbesitzer die erhöhte Grundsteuer eins zu eins und die Nebenkosten auf die Mieter umlegen. Das heißt, wenn Ihnen wirklich an günstigen Wohnungen gelegen wäre, dann hätten Sie damals nicht zustimmen dürfen, was Sie aber getan haben.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich will noch mal auf diesen Aspekt dieses angeblichen Zeitverzugs eingehen. Wir sehen die Verfahren, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, Beispiel Oberer Säuterich, das hat jetzt auch schon an die zehn Jahre gedauert. Da haben wir keine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme gemacht, aber da ist aktuell auch nicht absehbar, wann dieses Verfahren fertig ist. Und das hat auch damit zu tun, dass man sich in den Abstimmungen mit den ganzen kleinteiligen Strukturen total verhakt hat. Das können Sie auch gerne noch einmal hier darstellen, Herr Fluhrer. Aber an dieser Stelle sieht man eindeutig, dass es nicht nur dieses Zeitverzögerungsargument alleine das nicht ist. Wir haben noch mehr Argumente als nur den Zeitverzug. Es geht auch darum, dass das, was gemacht wird, gut gemacht wird.

Jetzt nochmal in Bezug auf die 50-Prozent-Quote, da kann man sich dann auch noch einmal genau angucken, was andere Städte wie Freiburg machen. Die haben dann zum Beispiel so Modelle, dass wenn ein Privater selber nicht die Sozialwohnungen bauen möchte, die 50 Prozent, dann besteht die Möglichkeit, die Fläche an die Stadt abzutragen. Das ist sicherlich auch ein Modell, was man hier diskutieren könnte, hat aber jetzt bisher in der Prüfung nicht stattgefunden.

Der Vorsitzender: Mein Vorschlag zu beiden Themen wäre, dass wir sie noch einmal als Auftrag nehmen, bei der Evaluation von KAI und KaWoF Ihnen speziell zu diesen Vorschlägen und speziell zu dem, was wir in Neureut Zentrum III überhaupt für möglich halten, eine tiefere Befassung zu ermöglichen. Das wäre mein Vorschlag. Ansonsten haben wir eine Stellungnahme zu dem Antrag der LINKEN abgegeben.

Ich möchte noch einmal feststellen, dass der Antrag der GRÜNEN den kompletten Antragstext der LINKEN ersetzen soll. Damit sind wir plötzlich aufgefordert, zu einer heute Morgen bekannt gewordenen Festlegung von 30 Prozent der neu geschaffenen Wohnfläche im Neureut Zentrum, schon einen Beschluss zu fassen, auf den wir inhaltlich im ursprünglichen Antrag der LINKEN gar nicht vorbereitet waren, denn da ging es um 50 Prozent und andere Dinge. Deswegen wäre meine dringende Bitte, bevor wir uns jetzt in irgendwelchen politischen Lagern an der Stelle aufspalten, dass wir das eher als Beauftragung sehen, im Rahmen der Evaluation darzustellen, ob und wie im Gebiet Neureut Zentrum III eine Sozialwohnungsquote überhaupt umsetzbar ist. Ich möchte zum einen darauf verweisen, dass wir gerade im Neureut Zentrum III die Situation einer sehr kleinteiligen Grundstückssituation haben. Wir sind mit dem Ortschaftsrat auch vor Ort in die Diskussion eingestiegen, dass wir jetzt nicht allen, die dort im Umlegungsverfahren berücksichtigt werden müssen, ein entsprechendes Grundstück wieder anbieten können, sondern dass

wir den Weg gehen, ihnen gegebenenfalls eine Etagenwohnung anzubieten als Ausgleich. Wenn Sie das als Grundlage nehmen und dann aber gleichzeitig sagen, Sie wollen dort 30 oder 50 Prozent Sozialwohnungen haben, kann ich Ihnen quantitativ im Moment gar nicht darstellen, ob das überhaupt realistisch ist. Denn Sie müssten dann im Grunde einen Bau-träger finden, der zu einem schon vorgegebenen Verfahren bestimmte bisherige Eigentü-mer sozusagen im Rahmen der Umlegung entschädigt und dann in dem Rest eine Sozial-wohnungsquote umsetzen, die unabhängig davon, ob es rechtlich überhaupt geht, das kann ich jetzt so spontan nicht darstellen, die aber dazu führen wird, dass in Neureut Zent-rum III auf absehbare Zeit auch niemand bauen wird, weil nicht einmal unsere Volkswoh-nung im Moment ein Neubauprojekt angeht. Da ist die maximale Förderung von uns noch alles möglich.

Wir sollten also auch keine Beschlüsse fassen, die zwar vom Anteil der Sozialwohnungen her total sinnvoll und nachvollziehbar sind, die aber im Moment, unabhängig davon, ob man Verfahren neu aufrollen muss oder nicht, das käme noch dazu, dann zu einer eigent-lich eher Verunmöglichung der Umsetzung von so etwas führen. Das mag in fünf Jahren wieder anders sein, aber ich wage die Prognose, dass wenn nicht die Förderung des Sozial-wohnungsbaus finanziell noch einmal in ganz andere Dimensionen durch Bund und Land vorstoßen, dass wir dann auf absehbare Zeit keinen Sozialwohnungsbau mehr bekommen, und dann baut halt keiner mehr in solchen Gebieten.

Also diese Dinge konnten wir heute im Laufe des Tages auf diesen Antrag hin nicht abwä-gen. Und deswegen meine dringende Bitte, können wir es nicht in einen Prüfungsauftrag umbauen, dass wir Ihnen dazu im Herbst eine Darstellung machen mit den entsprechenden Risiken oder auch den Chancen. Sie können uns auch gerne beauftragen, dass wir Ihnen einen Weg aufzeigen sollen. Möglicherweise kommen wir zum Ergebnis, dass das schwer darstellbar ist, aber das ist dann auch okay. Aber heute finde ich auch dadurch, dass uns dieses Thema jetzt sehr kurzfristig erreicht, kann es auch in unserer Stellungnahme nicht so gewürdigt werden, wie es eigentlich für eine Entscheidung notwendig wäre.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Herr Oberbürgermeister, in einem Punkt kann ich Ihnen zustim-men, wenn der Antrag sehr kurzfristig eingegangen ist, dass Sie dann möglicherweise die Sorge vor einer Vorberatungsrüge haben und das Ganze dann sowieso noch einmal eine extra Runde drehen muss, wenn Sie dann zu dem Schluss kommen, dass es ein gänzlich anderes Thema sei. Das sehe ich vielleicht nicht ganz so, weil wir haben über die entspre-chende Quote an sozial gefördertem Wohnraum gesprochen im Ursprungsantrag, und wir haben auch über das konkret benannte Gebiet gesprochen, und es wird auch kein neues Instrument aufgebaut, sondern es ist das Anliegen, dass das bekannte Instrumentarium o-der der bekannte Werkzeugkasten genutzt werden soll. Aber darauf will ich mich an der Stelle nicht versteifen. Das heißt, man könnte da schon noch einmal eine zweite Runde drehen, allerdings wirklich explizit mit dem Ziel, das definiert ist und nicht dann eine zweite Runde im Zuge der Evaluation von KAI im Herbst 2024, die sich dann eventuell auch noch verzögern könnte, im Sinne von, was ist denn unter welchen Voraussetzungen möglich, sondern wir reden über ein Ziel, das wir erreichen wollen. Natürlich, wenn Sie dann mehr Zeit haben als Verwaltung, eine Stellungnahme zu erarbeiten, dann kann auch schon mehr drinstehen, dass dieser Pfad aufgezeigt werden soll. Dann kann es auch im Endeffekt auf-gezeigt werden, wie viel Grundstückserwerb durch die Stadt denn vielleicht vonnöten wäre, um das auch tatsächlich formal einfach vom Anteil der Grundstücke in dem gesam-ten Gebiet auch abzuwickeln, dass wir dann darüber informiert sind und dieses Ziel dann,

zum Beispiel einen solchen Grundstückserwerb auf der freiwilligen Basis zu verfolgen, das können wir weiterhin erheben.

Demzufolge sehe ich jetzt noch nicht diese zwingende Kopplung an ein, ist es denn möglich ein Neureut Zentrum III oder nicht. Und Sie können auch darstellen, ob es ein Verfahren verlängern würde oder ob es im Zuge des aktuellen Planungsprozesses dennoch möglich ist. Daher einverstanden, wenn wir das noch einmal eine Runde drehen lassen mit einer separaten Vorberatung, aber mit einer Beschlussfassung dann auch über diesen Antrag und nicht über eine Vermengung mit der Evaluation von KAI, weil das ist aus unserer Sicht ein separater Punkt, den die Verwaltung auch schon zugesagt hat. Deswegen haben wir es sozusagen auch gestrichen mit dem Änderungsantrag, weil das ist effektiv das Gleiche wie vor zwei Jahren. Deswegen sozusagen wirklich dieser aus ihrer Sicht dann gänzlich neue Punkt.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Erst einmal finde ich es ganz schön erstaunlich, dass wir diesen Antrag jetzt vor Jahren gestellt haben als Prüfauftrag. Dann kommt er heute, als ob in der Zwischenzeit nichts passiert ist. Eigentlich hätte letztes Jahr das Prüfungsergebnis im Sommer vorliegen sollen, ist nicht da. Jetzt soll wieder geprüft werden. Damit kann ich wirklich überhaupt nicht zufrieden sein. Das ist Nummer eins.

Nummer zwei ist, wir schlagen einen Lösungsweg vor, der anders ist als den, den Sie jetzt gerade vorgetragen haben. Ich bin auch auf jeden Fall dafür, dass das heute abgestimmt wird, weil ich glaube, die Verwaltung hatte jetzt lange Zeit, das zu prüfen. Ich habe jetzt das Vertrauen verloren, dass sich noch mal bis Herbst irgendwas verändert.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Bevor wir das jetzt abstimmen, möchte ich kurz darauf hinweisen, wie das draußen bei den Bürgern ankommt. Die GRÜNEN haben hier über Jahre alles dafür getan, das Bauen immer teurer zu machen, indem die Standards immer weiter nach oben geschraubt wurden, und die LINKEN haben sie dabei unterstützt. Und jetzt, wo wir in der Situation sind, wo wir einfach zu wenig Wohnungsbau haben, weil es sich nicht mehr rentiert, kommen Sie und sagen, alle möglichen anderen sollen dafür bezahlen, dass Sozialschwache auch noch Wohnungen bekommen. Das soll jetzt auch noch hier abgestimmt werden, damit Sie kurz vor der Wahl noch so tun können, als würden Sie was für günstigen Wohnraum tun. Ihre Politik verhindert doch günstigen Wohnraum. Dementsprechend ist es auch konsequent, dass Sie für die Erhöhung der Grundsteuer gestimmt haben, die die Mieten auch verteuert. Jetzt machen Sie hier solche Anträge, das ist doch Augenscherei.

Der Vorsitzende: Jetzt wollen wir einfach die Antragsbearbeitung hier zu Ende bringen. Dann machen wir das, was, glaube ich, auch gut nachvollziehbar ist, auch wenn Sie nicht ganz meiner Meinung sind, Herr Stadtrat Löffler, Ihr Antrag ist ein neuer Antrag. Wir nehmen ihn zur Vorberatung noch einmal in die Gremien. Wir akzeptieren die Zielsetzung, und wir müssen uns mit Ihnen darüber auseinandersetzen, ob die realistisch ist oder nicht. Das machen wir dann mit dem Antrag.

Insofern bleibt jetzt der Antrag der LINKEN zur Abstimmung hier auf der Tagesordnung, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Es widerspricht keiner dem dargestellten Abstimmungsverhalten, okay.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
13. Juni 2024